



21.417

Parlamentarische Initiative
Geissbühler Andrea Martina.
Corona-Solidaritätsbeitrag
der Parlamentarier

Initiative parlementaire
Geissbühler Andrea Martina.
Crise du coronavirus. Geste
de solidarité des parlementaires

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.06.22 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Geissbühler Andrea Martina (V, BE): Vor gut zwei Jahren hielten wir die Session in der Bernexpo-Halle ab. Dort debattierten wir täglich über die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Probleme im Zusammenhang mit Corona. Wöchentlich wurden nicht Millionen, sondern Milliarden Franken gesprochen und ausgegeben. Als Mutter von drei Kindern habe ich mich damals gefragt, welchen riesigen Schuldenberg wir den kommenden Generationen hinterlassen werden. Nun stehen wir vor Corona-Schulden von rund 35 Milliarden Franken. Einen solchen Schuldenberg hat keine Generation vor uns den Nachkommen hinterlassen.

Wir müssen uns nun überlegen, wie wir diese Schulden wieder abbauen wollen. Dazu werden schmerzhaft Einsparungen und Sparmassnahmen notwendig sein. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind für die getroffenen Massnahmen und die gesprochenen Gelder verantwortlich. Selber haben wir, anders als viele andere, immer den vollen Lohn für unsere Arbeit einstecken können. Mit dem Verzicht auf jährlich 6000 Franken pro Ratsmitglied könnten wir einen symbolischen Beitrag zum Abbau des Schuldenbergs leisten. Im Nationalrat würde das jährlich die Summe von 1,2 Millionen Franken ergeben.

Ich weiss, dass es sich bei meiner parlamentarischen Initiative um einen Tropfen auf den heissen Stein handelt. Wir werden überall Sparmassnahmen vornehmen müssen, die jeweils einen nur kleinen Beitrag ausmachen. Aber aus vielen kleinen Beiträgen wird am Ende ein grosser Beitrag. Es ist einfach, fremdes Geld grosszügig auszugeben. Zeigen wir gegen aussen, dass wir auch bereit sind, einen kleinen eigenen Beitrag zur Tilgung der grossen Schulden zu leisten.

Ich bitte Sie, meiner parlamentarischen Initiative Folge zu geben. Das würde uns gut anstehen.

Pfister Gerhard (M-E, ZG), für die Kommission: Die Argumente Ihrer Staatspolitischen Kommission gegen diesen Vorstoss waren folgende:

1. Die Initiantin liess offen, wie sie die parlamentarische Initiative umgesetzt haben möchte. Bei einer Änderung des Parlamentsgesetzes würde sich die Frage stellen, ob diese befristet – und dann wie lange? – oder unbefristet gelten würde. Wenn sie unbefristet wäre, würde dies nicht mehr dem Grundgedanken der Solidarität der Initiantin entsprechen. Vielmehr wäre es eine Entschädigungskürzung.
2. Der Solidaritätsgedanke, den die Initiantin erwähnt, wurde in der Kommission nicht bestritten. Die Mehrheit der Kommission ist aber der Meinung, Solidarität sei nur dann eine, wenn sie freiwillig geschieht. Steuern zahlen ist nicht solidarisch, bzw. es ist völlig unerheblich, ob die Steuerzahlenden das als Solidarität verstanden haben wollen oder als lästige Sache. Es ist gesetzlich vorgeschrieben, und die Befolgung der Gesetze ist unabhängig davon zu leisten, mit welcher Motivation man dies tut.

AB 2022 N 1194 / BO 2022 N 1194

3. Die Mehrheit der Kommission führt ins Feld, dass es auch Mitglieder des Parlamentes gibt, für welche die





Kürzung der Entschädigung ab einer gewissen Höhe nicht ganz unerhebliche Folgen haben kann. Der Einsatz der 35 Milliarden Franken hat gerade das Ziel, existenzielle Bedrohungen abzuwenden.

4. Auch wenn zusätzliche 35 Milliarden Franken Schulden viel sind, ist es keineswegs so, dass deswegen drastische Sparmassnahmen auf die Bevölkerung zukommen. Die Schuldenbremse hat dazu geführt, dass in den letzten Jahren ein massiver Abbau der Schulden des Bundes möglich war, sodass diese Neuverschuldung auch für kommende Generationen zwar eine Last, aber keine untragbare darstellt – natürlich unter der Voraussetzung, dass in den kommenden Jahrzehnten nicht noch einmal Herausforderungen dieser Dimension auf die Schweiz zukommen werden.

5. Der letzte Punkt, der für die Mehrheit auch dafür sprach, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben, ist in der von der Initiantin vermittelten Darstellung des Parlamentes, von dessen Arbeit und der Entschädigung der Arbeit begründet. Sie behauptete, dass das Volk grundsätzlich der Meinung sei, dass das Parlament nur von anderen Opfer verlange und sich selbst ungerechtfertigterweise immer ausnehme. Dass eine Mehrheit des Volkes so denkt, wird von der Kommissionsmehrheit bestritten. Eine Mehrheit der Mitglieder der Kommission macht offenbar diesbezüglich bei Begegnungen mit der Bevölkerung eine andere Erfahrung als die Initiantin.

Aus diesen Gründen beantragt Ihnen Ihre Kommission mit 18 zu 5 Stimmen bei 0 Enthaltungen, der parlamentarischen Initiative Geissbühler keine Folge zu geben.

Klopfenstein Broggini Delphine (G, GE), pour la commission: L'initiative parlementaire Geissbühler part du principe que les élus aux Chambres fédérales doivent faire un geste de solidarité et renoncer à un cinquième de leur indemnité annuelle. Son auteure fait le constat que les mesures prises par la Confédération en vue de surmonter la pandémie de Covid-19 ont fortement touché l'économie et que les conséquences pour les entreprises, pour le marché du travail, pour les finances fédérales ont été destructrices. La conseillère nationale évoque aussi le fait que de nombreuses familles sont confrontées à d'importantes difficultés financières.

De l'avis de la commission, par 18 voix contre 7, il ne faut pas donner suite à cette initiative parlementaire.

Les élus ont-ils eu moins de travail pendant la pandémie pour qu'ils renoncent à une partie de leurs indemnités liées à la préparation des travaux parlementaires? Voilà une question que la commission s'est posée. Car il s'agit bien de prélever de l'argent à cet endroit-là. Considère-t-on dès lors que les parlementaires n'ont pas accompli leur tâche? Voilà une autre question que la commission s'est posée. Ou la partie préparatoire des séances vaut-elle moins que les indemnités versées pour les séances elles-mêmes?

Par ailleurs, rien n'indique à quoi cet argent servira, alors que la somme cumulée reste importante. S'il est fait état de l'économie suisse – fortement touchée par la pandémie –, il n'est précisé nulle part comment cet argent permettrait de soulager les finances fédérales. Si les entreprises sont clairement citées, aucun mot n'est prononcé à propos des autres secteurs, également fragilisés par la crise. La commission s'est également inquiétée de savoir quelle était la réponse pour la culture, par exemple, ou par la santé, des secteurs fortement touchés par la crise du Covid-19.

Bien que notre politique soit une politique de milice, les parlementaires vivent de leur indemnité et celles et ceux qui ne siègent pas dans des conseils d'administration bien payés passent souvent des heures bénévoles auprès d'associations de terrain pour l'intérêt collectif. Ce travail, souvent dans l'ombre, doit aussi être reconnu. La proposition, sous couvert de solidarité et de soutien aux contribuables contre qui des mesures drastiques auraient été prises, s'inscrit dans une dialectique opportuniste; c'est l'avis de la grande majorité de la commission. Je le répète, la décision a été prise par 18 voix contre 7.

Pour toutes ces raisons, la majorité de la commission vous propose de ne pas donner suite à cette initiative parlementaire.

Präsident (Nussbaumer Eric, zweiter Vizepräsident): Die Kommission beantragt, der Initiative keine Folge zu geben. Frau Geissbühler beantragt, der Initiative Folge zu geben.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.417/25229)

Für Folgegeben ... 40 Stimmen

Dagegen ... 140 Stimmen

(9 Enthaltungen)